Abg. Becker bat im Vorfeld der zu beratenden vorliegenden Anträge die Verwaltung um einen kurzen Sachstandsbericht insbesondere vor dem Hintergrund der Konjunkturprogramme, der Entwicklungen der sog. Digitalen Renditen und der Nutzung freiwerdender Frequenzbänder im Fernseh- und Rundfunkbereich.

Dr. Tengler wies auf die umfangreiche Vorlage hin. Ergänzend zu der Vorlage hätten sich – neben der Stadt Hennef – mittlerweile im Rahmen ihrer eigenen Willensbildung auch die Städte Bornheim und Rheinbach sowie die Gemeinde Swisttal entschieden, Mittel aus dem Konjunkturprogramm II in die Verbesserung der DSL-Breitbandversorgung zu investieren.
Ein weiteres Förderprogramm ergebe sich im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutz“. Durch die jetzt veränderte Förderrichtlinien und Förderhöchstbeträgen (Fördersatz 90 %) bestehe die Möglichkeit, auch dieses Programm für die Verbesserung der Breitbandversorgung zu nutzen.
Ergänzend hierzu habe der Rhein-Sieg-Kreis Informations- und Beratungsveranstaltungen für die Kommunen durchgeführt. Dabei wurden die Kommunen auch über andere technologische Lösungen und Anbieter (z.B. Richtfunk) unterrichtet.

Abg. Diekmann begrüßt die beratende Unterstützung der Kommunen durch das Know-how der Wirtschaftsförderung.

Abg. Becker wies auf die Problematik hin, dass es keine Kenntnis über die Zielnetzpläne der Telekom gebe (Betriebsgeheimnis) und auch keine Abstimmung der Netzpläne der verschiedenen Unternehmen vorgenommen wird. So gibt es keinerlei Informationen zu den baulichen Aktivitäten von RWE, Telekom oder anderen Netzwerkanbietern. Ein geschicktes Leerrohr-Management sei in der Regel daher ausgeschlossen. Die Kommunen seien kaum in der Lage, diese Problematik ohne Hilfestellung zu lösen. Hier könnte – gemeinsam mit den Kommunen - eine koordinierende Funktion des Rhein-Sieg-Kreises zu einer Effizienzerhöhung führen.

Dr. Tengler berichtete über Gespräche mit der RWE. Diese habe zugesichert, dass Netzplan-Abstimmungen mit der Telekom vorgenommen würden. Der Aufbau eines Infrastrukturatlas mit integrierter zentraler Datenbank ist geplant.

Abg. Scharnhorst wies auf die Problematik der überregionalen Anbindung mit unterschiedlichen Vorwahlen hin.

Abg. Lamberty unterstützte den Vorschlag, dass der Rhein-Sieg-Kreis die koordinierende Funktion für die Gemeinden übernehme.

Abg. Neuber wies auf den Standortnachteil hin, der sich durch eine fehlende Breitbandversorgung für die Unternehmen in der jeweiligen Standortkommune ergeben.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung, die anstehenden Verhandlungen hinsichtlich der Abstimmung von Netzplänen zu bündeln. Die Kommunen sollen in die Lage versetzt werden, frühzeitig über die Netzplanungen in Kenntnis gesetzt zu werden, um dies in ihre Infrastrukturplanungen einzubeziehen. Der Rhein-Sieg-Kreis soll anstehende Gespräche der Kommunen mit der Telekom unterstützen, damit die Gebiete, die von der Telekom nicht automatisch erschlossen werden, möglichst günstig für die Kommunen erschlossen werden können.
Die vorliegenden Anträge wurden damit einstimmig als erledigt betrachtet.